

Didier Castella lüftet den Schleier über dem Sprachengesetz

Was vor zwölf Jahren undenkbar schien, wird nun Realität: Der Staatsrat möchte bald ein Sprachengesetz vorlegen. Über ein Dutzend Freiburger Gemeinden könnten zweisprachig werden. Das bringt dann auch Verpflichtungen mit sich.

Jean-Michel Wirtz

Freiburg Der Staatsrat hat seine Meinung um 180 Grad geändert. Noch im September 2013 stellte die damalige Direktorin der Institutionen, Marie Garnier (Grüne), im Parlament klar: «Eine gesetzliche Grundlage zur Definition einer zweisprachigen Gemeinde ist nicht wünschenswert.» Ein unmissverständliches Nein.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Zwölf Jahre später, im Februar 2025, macht ihr Nachfolger Didier Castella (FDP) eine bemerkenswerte Ankündigung: «Das Gesetz für zweisprachige Gemeinden soll Ende März in die Vernehmlassung gehen.» Ein Wandel, der Fragen aufwirft. Was hat diesen Kurswechsel ausgelöst?

«In den letzten Jahren fand eine deutliche Entwicklung statt», erklärt Castella. «Die anfängliche Angst und Ablehnung gegenüber der anderen Sprache hat sich in ein Gefühl der Bereicherung verwandelt.» Zudem könnte das Gesetzesvorhaben laut Castella nun mehr Chancen haben, weil er als Frankofoner dieses vorantreibt. In der Vergangenheit hätten sich vor allem deutschsprachige Politiker wie Urs Schwaller und Erwin Jutzet für ein Sprachengesetz engagiert. «Das weckte bei einigen Sorgen vor einer Germanisierung und führte zu Abwehrreaktionen.»

Bevölkerungsanteil wird wichtiges Kriterium

Das Sprachengesetz, das Castella bald seinen Ratskollegen vorlegen und Ende März in die breitere Vernehmlassung geben möchte, wird sich auf drei wesentliche Punkte konzentrieren: Zunächst soll offiziell für jede Gemeinde festgehalten werden, welche Amtssprache gilt. Dann geht es



Mit dem neuen Sprachengesetz könnten sich Gemeinden wie die Stadt Freiburg offiziell als zweisprachig erklären. Archivbild: Charles Ellena

um die Kriterien für den Status als zweisprachige Gemeinde und die damit verbundenen Verpflichtungen. Schliesslich soll auch die Förderung der Zweisprachigkeit Eingang in den Gesetzestext finden.

Entscheidend für die Einstufung als zweisprachige Gemeinde seien drei Hauptkriterien: Erstens die Territorialität – oder anders gesagt, ob die Gemeinde an das andere Sprachgebiet grenzt. Zweitens die Geschichte und kulturelle Verbundenheit einer Gemeinde. Und drittens ein rein mathematisches Kriterium: Wie hoch ist in der Gemeinde

der Anteil der Bevölkerung, der die andere Sprache spricht?

Den genauen Prozentsatz für dieses Kriterium will Castella noch nicht verraten. «Diesen muss ich zuerst noch mit meinen Ratskollegen festlegen.» Sein Generalsekretär Samuel Russier ergänzt, dass etwa 15 Freiburger Gemeinden in Zukunft als zweisprachig gelten könnten. Diese wären vor allem im Saane-, See- und Sensebezirk zu finden, beispielsweise die Stadt Freiburg oder Gurwolf. «Aber niemand wird gezwungen», betont der Staatsrat. «Es ist an den Gemeinden, sich zu melden, wenn sie den

Status einer zweisprachigen Gemeinde wünschen.»

Offizielle Dokumente neu in beiden Sprachen

Ein solcher Status würde dann auch Verpflichtungen mit sich bringen. «Die Gemeinde muss vor allem in der Lage sein, auf Anfragen der Bevölkerung in beiden Sprachen zu reagieren. Und alle offiziellen Dokumente müssen sowohl auf Deutsch als auch auf Französisch vorliegen», erklärt Castella. Übersetzungen und Sprachkurse würden den Gemeinden Kosten verursachen, weshalb der Vorent-

wurf vorsehe, für offiziell zweisprachige Gemeinden eine einmalige finanzielle Unterstützung bereitzustellen.

Doch für Castella bedeutet Zweisprachigkeit mehr als nur das Anbieten von Dokumenten in zwei Sprachen. «Es geht auch um den Austausch und das gegenseitige Verständnis zwischen den Kulturen.» Diese Brückenfunktion kommt nicht nur innerhalb des Kantons Freiburg zum Tragen. Auch national spiele Freiburg als «Brückenkanton» eine Schlüsselrolle für die Verständigung zwischen den Landesteilen. Und diese Verständigung werde noch wichtiger, da immer wieder Versuche in der Deutschschweiz unternommen würden, den Französischunterricht an den Schulen zu reduzieren, unlängst in Zürich.

«Es ist an den Gemeinden, sich zu melden, wenn sie den Status einer zweisprachigen Gemeinde wünschen.»



Didier Castella
Staatsrat

Werbeeffect für die Freiburger Zweisprachigkeit

Nicht zuletzt könnte das Sprachengesetz für den Kanton einen positiven Werbeeffect haben und die besondere Freiburger Zweisprachigkeit national in Erinnerung rufen. «Was Freiburg tut, wird sicherlich auch ausserhalb des Kantons Beachtung finden», erwartet der Staatsrat.

Bund unter Druck: Bauern fordern nachhaltige Reformen

Eine bäuerliche Protestbewegung hat dem Bundesamt für Landwirtschaft einen Forderungskatalog übergeben. Darin fordern die Landwirte für ihre Arbeit mehr Planungssicherheit und weniger Verwaltungsaufwand.

Freiburg/Bern Eine bäuerliche Basisprotestbewegung hat einen umfassenden Forderungskatalog an das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) übergeben. Dies schreiben die Repräsentanten der Protestbewegung in einer Mitteilung. Unter ihnen sind auch Freiburger. Die Landwirte kritisieren die aufgeblähte Landwirtschaftsverwaltung und fordern, dass das BLW und der Bundesrat verbindliche, langfristige Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Agrarproduktion schaffen.

Die Protestbewegung verweist auf bisherige Protestaktionen: Vor einem Jahr hatten tausende Bauern mit ihren Traktoren landesweit demonstriert, und

am 3. Dezember 2024 versammelten sich über tausend Landwirte vor dem BLW. Konkrete Reformen seien jedoch bislang ausgeblieben.

In der Mitteilung fordert die Protestbewegung nun, dass die Preise für landwirtschaftliche Produkte langfristig um mindestens fünf bis zehn Prozent steigen. So soll die Landwirtschaft nicht von staatlichen Zuschüssen, sondern von einem stabilen Markt profitieren.

Zukunft selbst gestalten

Weiterhin verlangt die Bewegung einen verbesserten Grenzschutz und ein umfassenderes Zollsystem, um die Landwirtschaft als wesentlichen Bestand-



Vor einem Jahr demonstrierten tausende Bauern landesweit mit ihren Traktoren.

Archivbild: Til Bürgy

teil der nationalen Krisenvorsorge anzuerkennen. Die Protestierenden kritisieren zudem, dass die derzeitige Direktzahlungsolitik nicht mehr zeitgemäss und mit über 3000 Kontrollpunkten in der Verwaltung ineffizient sei. Sie schlagen vor, den Aufwand zu reduzieren, indem nur noch die wirklich relevanten Daten erfasst werden.

Die Landwirte betonen in der Mitteilung, dass sie ihre Zukunft selbst gestalten wollen, und fordern klare, langfristige Ziele zur Sicherung ihrer Existenz. Der vorgelegte Forderungskatalog enthalte dafür konkrete Lösungsvorschläge. Die Bewegung erwartet erste Ergebnisse bis Ende März. (sf)